

Fuldaer Zeitung

Gegründet 1874

Ausgabe vom 21. März 2025

Rettet die Türkei!

Max Lucks

sieht die Türkei nach der Verhaftung des Istanbuler Bürgermeisters Imamoglu vor einem entscheidenden Wendepunkt. Die europäische Türkei politik müsse darauf reagieren.

Präsident Recep Tayyip Erdogan versucht mit der politisch motivierten Festnahme des Istanbuler Oberbürgermeisters nichts weniger als einen zivilen Putsch. Doch er hat sich verkalkuliert: Trotz Verboten, Einschüchterungsversuchen und Propaganda aus den AKP-nahen Medien drängt eine starke Zivilgesellschaft auf die Straßen Istanbuls. Die Menschen verstehen, dass es bei der Festnahme von Ekrem Imamoglu nicht nur um ihn oder die Oppositionspartei CHP geht, sondern um die Zukunft der gesamten Türkei. Es geht darum, ob die Türkei eine demokratische und europäische Perspektive behält oder in einem vollständig ausgehöhlten, autokratischen und korrupten AKP-Staat versinkt.

Die mahnenden Worte aus Brüssel, Paris und Berlin sind in diesen Stunden ein wichtiges Zeichen der Solidarität mit den demokratischen Kräften in der Türkei. Doch das reicht nicht. Die EU muss unmissverständlich zeigen, dass sie die Frage nach Menschenrechten und Demokratie nicht länger zur Nebensache erklärt. Es ist kein Zufall, dass die Anklage gegen Imamoglu von demselben Staatsanwalt geführt wird, der mit seinen regimetreuen Verfahren bereits den kurdischen Hoffnungsträger Selahattin Demirtaş ins Visier nahm – ein Vorgehen, das vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt wurde. Die



Der Gastautor ist Vorsitzender der Deutsch-Türkischen Parlamentariergruppe und für die Grünen Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Bundestags.

Foto: Dominik Butzmann

Festnahme Imamoglus muss endlich dazu führen, dass die EU ihre Beziehungen zur Türkei konsequent an die Einhaltung der Europäischen Menschenrechtskonvention knüpft.

Das Vorgehen gegen Imamoglu ist keineswegs neu: Seit Jahren enthebt Erdogan unliebsame Bürgermeister, insbesondere in kurdischen Regionen, ihrer Ämter, lässt sie inhaftieren und ersetzt sie durch AKP-treue Statthalter. Das jahrelange Schweigen Europas angesichts dieser massiven Repression war ein verheerendes Signal an Erdogan – und nun nutzt er diesen Freibrief mit voller Härte.

Jetzt müssen wir uns fragen, wie die EU eine neue politische Unabhängigkeit gegenüber der Türkei erreichen kann. Dabei sollten wir uns bewusst machen, dass eine tür-

kische Regierung, die von Moskau für ihre Repression gegen die Opposition gelobt wird, ein Risiko für uns darstellt. Die EU sollte daher als klare Reaktion auf die Festnahme Imamoglus sämtliche Rüstungslieferungen an die Türkei einstellen.

Das Ziel darf jedoch nie sein, die Türkei zu isolieren. Vielmehr sollten wir ihre Integration in Europa fördern. Erdogan lässt Imamoglu einsperren, weil dieser selbst unter unfairen Bedingungen eine reale Bedrohung für den Autokraten darstellt. Doch diese Stärke geht über Imamoglu hinaus: Als Vorsitzender der Deutsch-Türkischen Parlamentariergruppe und Wahlbeobachter des Europarats in der Türkei konnte ich in den letzten vier Jahren unzählige Menschen kennenlernen, die von einem tiefen demokratischen Bewusstsein geprägt sind. Diese demokratische Türkei wird Erdogan niemals einsperren können.

„Wer Istanbul gewinnt, gewinnt die Türkei“, sagte Erdogan einst selbst. Doch die türkische Gesellschaft einen langen Atem hat. Kurz nach seiner eigenen Amtszeit als Istanbuler Oberbürgermeister wurde Erdogan 1999 wegen Volksverhetzung inhaftiert – nur um bald darauf die AKP zu gründen und innerhalb kürzester Zeit zum Wahlsieger und Regierungschef aufzusteigen. Manchmal wiederholt sich Geschichte nicht, aber sie reimt sich.